

Vorwärts

10 Pfennig

Dienstag

29. Juni 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftstag 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ein Todesopfer des Wahlterrors.

Das Wahlrecht ausgeübt - fristlos entlassen - Selbstmord!

Im Wahlkreis Frankfurt a. d. O. sind zahlreiche Landarbeiterfamilien wegen der Ausübung ihrer Staatsbürgerpflicht beim Volkswahlrecht gemahnt worden. Dieser Wahlterror der „Christlich-Nationalen“ hat im Kreise Weststernberg das erste Todesopfer gefordert.

In Jochlow hat die Landarbeiterfrau Kutowski infolge ihrer Mahnung Selbstmord begangen.

Die Depulaskente Kutowski, die trotz der Drohungen des Besitzers Grasnig ihr Wahlrecht ausübte, wurden ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist auf die Straße gesetzt. Der Mann wurde ihnen gesperrt. Das nahm sich die 65jährige Frau Kutowski so zu Herzen, daß sie ihrem Jammer durch Erhängen ein Ende machte.

So geschehen im Jahre 1926 in der Ostmark. Wenn je ein Fall zum Himmel schrie, so dieser!

Grafen, Rittergutsbesitzer, Gemeindevorsteher als Wahlrechtsträuber.

Wie schwer die 15 Millionen Stimmen wiegen, die beim Volkswahlrecht abgegeben wurden, erkennt man, wenn man sich das Ausmaß des großagrarisches Terrors auf dem Lande vor Augen führt.

Die folgende Zusammenstellung spricht für sich:

Graf v. d. Schulenburg auf Lieberose, Herr eines Teils des Spreewaldes, oder Reichsgraf Schaffgotsch, Herr des Rielengebirges, haben vor der Abstimmung durch direkte Erlasse ihre sämtlichen Arbeiter und Angestellten einzuschüchtern versucht.

Graf Eulenburg, der auf Schlang bei Breslau sitzt und dort über 461 Wähler verfügt, hat den einzigen Arbeiter, der gegen den gräßlichen Stachel zu lächeln mochte, sofort durch seinen Bergwälder, einen Oberstleutnant, fristlos wegen seiner „Unverschämtheit“ entlassen lassen.

Auf Dominium Kummerwitz bei Görlitz wurde den Leuten bei der letzten Wählung vor dem Abstimmungstag gesagt: Wer wählen geht, ist Montag entlassen!

In Schwadowitz bei Brieg ließ unmittelbar nach der Abstimmung Herr v. Wognitz öffentlich anschlagen:

„Ergebnis der Abstimmung in Schwadowitz:

Wahlberechtigt: 285 Personen.

An der Wahl haben sich beteiligt 5 Personen.

Sämtliche Personen haben für die Fürsteneinteilung gestimmt.

An der Wahl haben sich beteiligt:

Rohdeutscher, Willi,

Günther nebst Frau Ida,

Rachnit,

Scholz, Erich.

Allen Interessenten wird diese Mitteilung zur Kenntnis gebracht.“

In Zehden an der Oder — so wird dem „B. L.“ geschrieben — schrieben sich beim Volksbegehren 160 Personen ein; am 20. Juni stimmten dagegen mit „Ja“ nur 11 mit „Nein“ 17, ungültig 11. In Zehden wohnt jetzt Freiherr v. Senden. In dem Dorfe Raduhn, wo der Schwiegervater des v. Senden Rittergutsbesitzer ist, wurde überhaupt nicht gewählt. In Hanseberg bei Königsberg, auch ein Gutsdorf, stimmten mit „Ja“ 4, beim Volksbegehren unterschrieben 29. Im Gutsdorf Rehparf stimmte mit „Ja“ nur einer.

In Pechig an der Oder, wo kein Rittergutsbesitzer wohnt, betreibt der Gemeindevorsteher die Sache der Monarchisten. In den Tagen des Volksbegehrens vom 4. bis 17. März konnte man von ihm folgendes hören: „Was du unterschrieben hast, das ist Raub. Ich habe dich erst unterschreiben lassen, damit du nicht sagen kannst, ich wollte dich beeinflussen.“ (1) Ich kann dir heute schon schriftlich geben, daß sie über ein Jahr das Haus deines Vaters nehmen.“ Das sagte er in Gegenwart von anderen, die noch nicht unterschrieben hatten, vielleicht aber es wollten. Derselbe Herr Gemeindevorsteher, der sich in Wahlversammlungen als Vertrauensmann der Deutschnationalen vorstellte, ließ bekanntmachen, daß vom 6. bis 13. Juni, nachmittags 2 bis 6 Uhr, die Wählerliste zum Volkswahlrecht bei ihm ausliegt. Am 10. Juni gehe ich hin. Die Liste liegt jedoch nicht aus. Ich versuche es am 11. Juni. Sie liegt wieder nicht aus. Am 13. Juni, am letzten Tage, gelingt es mir endlich, einmal in die Liste hineinzusehen. Eine Liste von 1925! Die Verstorbenen und Verzagene stehen noch darin. Die seit dem letzten Wahltag 1925 bis zum 20. Jahre das Wahlalter Erreichenden sind nicht nachgetragen. Dabei sollten die Gemeinde- und Gutsvorsteher im Kreise bis zum 3. Juni dem Landrat melden, daß die Wählerlisten berichtigt und ergänzt sind. Das ist die von den Deutschnationalen hoch gepriesene preussische Ordnung und Wahrhaftigkeit! Es ist vorgekommen, daß, wenn beim Steuerzahlen sich Leute über den Steuerdruck beklagten, man den Herrn Gemeindevorsteher von Pechig hinter dem Schalter der Postagentur hören konnte: „Wählt doch deutschnational.“ Der Herr Gemeindevorsteher von Pechig ist nämlich auch Postagent und flügelt bei jeder Gelegenheit schwarzwehrt.“

Diese trassen Einzelfälle lassen sich beliebig vermehren. Was geschieht gegen diesen Terror? Gegen den Grafen Schulenburg, der einen Arbeiter fristlos entlassen hat, könnte der Gemahregelte zivilrechtlich vorgehen — wenn er das Geld dazu hat. Gegen den Gemeindevorsteher von Pechig kann die preussische Regierung einschreiten, und sie wird es hoffentlich. Gegen die anderen Terroristen gehen weder Strafgesetzbuch noch Wahlgesetz eine Handhabe. Ihnen muß bei der nächsten allgemeinen wirklich geheimen Wahl die Antwort mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel gegeben werden.

fernung erfolgte. Der Erschossene war ein ruhiger Familienvater und sowohl in Partei wie in Reichsbannerkreisen besonders beliebt. Der Stahlhelmschütze besaß bezeichnenderweise einen Wappenstein. Er sowohl wie seine Begleiter wurden verhaftet.

Zunehmende Arbeitslosigkeit.

Am schwersten betroffen die Frauen.

Das Bild der Arbeitslosigkeit in der ersten Junihälfte zeigt gegenüber den Zahlen des Monats Mai keine nennenswerte Änderung. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 1420 000 auf 1419 000 gefallen. Die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 324 000 auf 330 000 gestiegen. Es ist eine Gesamtzunahme der Arbeitslosen um 0,3 Proz. zu verzeichnen, d. h. ein Steigen von 1744 000 auf 1749 000.

Bemerkenswert ist, daß die Zahl der weiblichen Arbeitslosen ständig steigt, während die der männlichen Arbeitslosen nur sehr wenig zurückgegangen ist.

Spartakus Nr. II.

Iwan Kay gründet einen neuen Spartakusbund.

Die Telegraphen-Union verbreitet folgende Meldung: „Der Reichstagsabgeordnete Iwan Kay bittet uns um Verbreitung folgender Meldung: Die Allgemeine Arbeiterunion (Einheitsorganisation), der Industrieverband für das Verkehrsgewerbe und die Opposition der kommunistischen Partei Deutschlands (Linke KPD.) haben sich zu einem Spartakusbund linkskommunistischer Organisationen zusammengeschlossen. Der Spartakusbund knüpft an das alte Spartakusprogramm Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs an, will die Loslösung des internationalen Proletariats von der Moskauer Staatspolitik, bekämpft den Parlamentarismus und die Amsterdamer (freien) Gewerkschaften.“

Spartakusbund Nummer 2, proklamiert durch die Hugenbergische Telegraphen-Union! Die kommunistische Zentralpartei ist gegen Hörsing und Berdegüchter, gegen Bergarbeiter und Erwerbslose, und die Opposition verurteilt ihre Proklamation durch die Telegraphen-Union.

Das Wanderungsproblem.

Der internationale Kongress über Ein- und Auswanderung.

Von Robert Schmidt.

Von der Internationale der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien einberufen, tagte in der Zeit vom 22. bis 28. Juni in London ein internationaler Kongress, der sich ausschließlich mit der Frage der Ein- und Auswanderung beschäftigte. Die Anregung zu diesem Kongress ergab sich aus der schweren Wirtschaftskrise, die die europäischen Industrie- und Handelsstaaten gegenwärtig heim sucht. Die große Arbeitslosigkeit hat die Neigung zur Abwanderung stark begünstigt, aber verschiedene Hemmnisse gefunden, da Staaten, die zunächst in der Lage gewesen wären, einen großen Teil europäischer Wanderer aufzunehmen, sich abgeschlossen haben und kein Verlangen zeigen, den großen Strom der Auswanderer, der sich aus Europa besonders nach Amerika und Australien ergießen würde, restlos aufzunehmen.

Der Kongress erlangte nicht zuletzt seine große Bedeutung dadurch, daß an ihm auch diejenigen Staaten durch Vertreter teilnahmen, die der Einwanderung Hindernisse entgegenstellen, wie Neuseeland, Australien und Kanada. Leider fehlte eine Vertretung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, der südamerikanischen Staaten und Japan. Die immerhin teilweise Vertretung der Staaten, die als Kolonialland in Frage kamen, war für die Verhandlungen auf dem Kongress von großem Wert. Für Indien wurde durch seinen Vertreter sehr geschickt der Standpunkt der freien Wanderung vertreten. Die Einstellung der Vertreter der europäischen Staaten in der Frage der Freizügigkeit, die Gegenstand einer sehr eingehenden Debatte war, brachte einen Gegensatz zum Ausdruck gegenüber den Vertretern der Staaten, die die Einwanderung als eine Last empfinden. Die unbegrenzte Freizügigkeit, die allerdings auch in ihrer Uneingeschränktheit schon von einigen europäischen Staaten nicht anerkannt werden konnte, fand noch viel weniger bei den Vertretern Australiens und Kanadas Zustimmung.

Diese Stellungnahme hat an sich keine Ueberraschung, denn die Absperrung der Grenzen erfolgt hier unter Zustimmung auch der Arbeiterparteien. Die Gründe, die dafür geltend gemacht wurden, sind im wesentlichen die, daß das Hereinströmen von Ausländern in diese Staaten einen Druck auf den Lohn und eine Ueberfüllung des Arbeitsmarktes herbeiführen würde. Der Vertreter von Neuseeland hob mit großem Nachdruck hervor, daß die erheblich höhere soziale Stellung der neuseeländischen Arbeiter zurückzuführen sei auf eine starke Begrenzung in der Einwanderung. Das Heranziehen der Arbeiter zur Gewerkschaft ist nahezu unmöglich, denn es handelt sich vielfach um vollständig der Arbeiterbewegung fernstehende Elemente. Die Arbeiter-schaft in Neuseeland habe nicht die Neigung diese Position sich gefährden zu lassen durch einen Ansturm von in ihren Ansprüchen niedriger stehenden Arbeiterschichten. Das gleiche Argument traf für Kanada zu, während von den übrigen Vertretern der große ideale Gesichtspunkt der vollen Freizügigkeit stark in den Vordergrund gerückt wurde.

Eine zweite, die europäische Delegation weniger unmittelbar berührende Frage war die der Ausschließung einer bestimmten Rasse von der Einwanderung. Wir kennen die Streitfrage, die die Vereinigten Staaten mit Japan über die Einwanderung haben. Kanada steht in der Beurteilung nicht anders da, und für Australien kommt der große Andrang der Indier und Japaner als Einwanderer in Betracht. Man befürchtet hier eine Ueberflutung des weißen Elements und sieht die drohende Gefahr, daß auch hier sehr tief stehende, in ihrer Lebensgewohnheit recht niedrige Ansprüche stellende Arbeiterschichten eine Verschlebung der ganzen sozialen Stellung der Arbeiterschaft in diesen Ländern herbeiführen müssen. Erörtert wurde dabei das Rassenproblem vom Standpunkt der Bevölkerungsfrage, die Mischung der Rassen, die sich daraus ergebende Gegensätze kultureller und nationaler Art, die nicht fördernd für das Allgemeinwohl ausfallen können, sondern eine Depression hervorrufen müssen.

Nachdem alle diese Fragen eingehend in einem Unterausschuß erörtert worden waren, hat man dort versucht, doch eine einheitliche Plattform zu finden, um nicht mit einer großen Disharmonie den Kongress auseinandergehen zu lassen. Man wird die Argumente derjenigen, die unter Umständen eine gewisse Beschränkung oder sehr starke Einschränkung der Einwanderung empfehlen, nicht beiseite schieben können, sondern die besonderen Verhältnisse ihres Landes würdigen müssen. Hinzu kam ferner die Erwägung, daß gegenwärtig in Europa ganz außer gewöhnliche wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, die eine über das normale Maß hinausgehende Tendenz zur Auswanderung hervorrufen. Man war sich nicht im Zweifel darüber — und das wurde auch in einer Resolution stark unterstrichen —, daß schließlich die Abwanderung der Arbeiter aus einem Lande mit großer Arbeitslosigkeit nicht die Lösung der Wirtschaftskrise oder der Weltkrise herbeiführen kann. Vielmehr muß man darauf bedacht sein, die wirtschaftliche Entwicklung im Lande selbst in solche Bahnen zu lenken, daß hier eine Ausnahmefähigkeit der Arbeitskräfte möglich wird.

Der Kongress ließ keinen Zweifel darüber, daß er in seiner Majorität grundsätzlich die volle Freizügigkeit ver-langte, daß vor allen Dingen eine Beschränkung aus politischen Gründen entschieden abgelehnt werden müsse, nur wirtschaftliche Bedrängnis der Arbeiterklasse könne vor-

Um die Fürstenvorlage.

Die Sozialdemokratie behält sich ihre Stellung vor.

Im Reichstage traten heute vormittag die Führer der Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten zu einer Besprechung der Fürstenvorlage zusammen. Die Sitzung, der im ersten Teile auch der Reichskanzler Dr. Marx beiwohnte, dauerte von 10 bis 12 Uhr. Wie das Nachrichtenbureau des Vereins deutscher Zeitungsverleger hört, wurden alle Differenzpunkte besprochen. Die Sozialdemokraten behielten sich jedoch ihre Stellungnahme vor.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion versammelte sich um 12 Uhr, um den Bericht ihrer Unterhändler entgegenzunehmen. Die Fraktions-sitzung wird nach Schluß der Plenarsitzung fortgesetzt werden.

Auch die Fraktionen der Regierungsparteien traten um die Mittagstunde zusammen, um sich von den Fraktionsführern über den Stand der Dinge unterrichten zu lassen.

Ratifikation des deutsch-russischen Vertrags

Die Ratifikationsurkunden zum deutsch-russischen Vertrag (Berliner Vertrag) sind heute mittag in Berlin ausgetauscht worden.

Stahlhelmmord.

Ein Breslauer Parteigenosse niedergeschossen.

Breslau, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Eine Bluttat durch die Verhörung der Stahlhelmeleue erregt die Öffentlichkeit auf das Schwere. Ein tätiger Parteigenosse ist gestern abend auf dem Heimwege von der Parteiarbeit in Begleitung von zwei anderen Genossen in einen kurzen Wortwechsel mit zwei vorübergehenden Stahlhelmläusen gekommen. Da der eine Stahlhelmläuser sich durch ein harmloses Wort des Genossen beleidigt und durch einen Schritt auf ihn zu angeblich bedroht fühlte, schob er den Parteigenossen kurzerhand mit einem Revolvererschuß, der des Herztraß, nieder. Daß von einer Bedrohung tatsächlich nicht die Rede gewesen sein kann, ergibt sich aus den Zeugnisaussagen, die durchweg angeben, daß der Schuß auf zirka 15 Meter Ent-

übergehend eine andere Einstellung in dem Einwanderungsland begründen. Indes wurde aus den schon dargelegten Gründen Abstand genommen, diesen Gegenstand in einer Entschiedenheit zum Ausdruck zu bringen. Man gab sich der Hoffnung hin, daß es gelingen wird im Rahmen der beiden Internationalen diese Frage noch eingehend zu studieren.

Der erste Kongreß konnte ja auch einen Abschluß aller dieser sehr wichtigen Probleme nicht bringen. Eine Wiederholung der Tagung in späterer Zeit würde dann wohl auch umfangreichere Vorarbeiten zur Verfügung stellen, als sie zur ersten vorhanden waren.

Der Kongreß hat ein Stück fruchtbarer Arbeit geleistet, er wird nicht ohne Wirkung bleiben auf die Stellungnahme der Vertreter in den einzelnen Ländern, da er das Für und Wider sehr eingehend erörtert hat. Die hochstehende Debatte, die auf ihm geführt wurde, gibt für die künftige Praxis wertvolle Fingerzeige. Bemerkenswert ist übrigens, daß von dem Internationalen Gewerkschaftsbureau ein sehr guter Bericht über die Frage der Ein- und Auswanderung, der Kolonisation überhaupt, herausgegeben wurde und damit auch schon dem Kongreß eine gute Grundlage für seine Arbeiten gegeben wurde.

Wenn nach geraumer Zeit eine Wiederholung einer solchen Veranstaltung erfolgt, so darf man annehmen, daß sich dann an ihr auch jene Länder beteiligen werden, die diesmal noch nicht vertreten waren. Ein solcher Kongreß wird erhöhte Bedeutung gewinnen und die aufgeworfenen Fragen zu einer Lösung führen können, die im Interesse der Arbeiterklasse von uns allen gewünscht wird.

„Eine königliche Tat.“ Appell an die Fürsten.

Die Volksbewegung gegen die Fürsten ist die Antwort auf das schamlose Verhalten unserer früheren Landesväter. Wenn die unverschämten Ansprüche der Thüringer, der Westfalen, der Hohenzollern nicht gewesen wären, hätte sie niemals das ganze Volk so ergreifen und in den Tiefen aufwachen können. Tutta von Redenburg, die die jugoslawische Staatsangehörigkeit erwirbt und gestützt auf den Versailler Friedensvertrag, versucht, vom deutschen Volk Millionen zu erpressen, der famose Koburger, Wilhelm in Doorn, sie alle haben durch ihre Habgier Millionen und aber Millionen gegen sich aufgebracht. Jetzt, nach der Abgabe von 15 Millionen Stimmen für den Volkentscheid, weiß jeder, daß die Frage der Fürstenabfindung vom Reichstag gelöst werden muß. Jeder weiß, daß es keine Ruhe im Lande geben wird, ehe nicht die Fürsten genau so behandelt worden sind, wie alle anderen Volksgenossen auch. Am genauesten wissen das die bürgerlichen Mittelparteien, denen die Wähler zu Millionen die Gefolgschaft versagt haben.

Was tun sie? Sie versuchen nicht etwa eine wirklich erträgliche Lösung zu schaffen, sie appellieren an die Fürsten! Die „Kölnische Zeitung“ geht es lang und breit auseinander, „das Volk erwartet eine königliche Tat“. Die Fürsten sollen sich freiwillig zu neuen Vergleichen bereit erklären, sie sollen der Entscheidung des Reichstags dadurch zuvorkommen. Wirklich! Von den Fürsten soll man eine königliche Tat erwarten dürfen? Soll etwa Wilhelm in Doorn oder sein hoffnungsvoller Sohn in Dels einer königlichen Tat fähig sein? Diese Herrschaften mühen ihr ganzes Leben verlegen, wenn sie die Hoffnungen ihrer Untertanen in der „Kölnischen Zeitung“ erfüllen würden. Nein, von dort wird den Mittelparteien keine Hilfe kommen. Die Fürsten werden auf jeden Pfennig bestehen, wie Sphoc auf seinem Schein. Hilfe kommt dem armen deutschen Untertan nur durch eigenen Entschluß.

Es wird weiter geprügel. Bürgerliche Kulturpolitik.

Der Unterrichtsausschuß des Landtages hat gestern mit allen bürgerlichen Stimmen den sozialdemokratischen Antrag auf Ab-

schaffung der Prügelstrafe in der Schule abgelehnt. Die verschiedensten Gründe wurden vorgehoben; Frau v. Kulesca (D. B.) begründete ihre Ablehnung zum Beispiel damit, daß so viele psychopathische Kinder in unseren Schulen wären, denen gegenüber nur Prügel helfen könnten. Obgleich Genosse Böht die Unwirksamkeit und Schädlichkeit der Strafe in unüberlegbarer Weise auseinandersetzt, wurde auch ein abgemilderter Antrag, nach dem wenigstens in der Grundschule und bei den Mädchen die Prügelstrafe abgelehnt werden sollte, mit allen bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Schließlich machte der Demokrat Bohner einen schwachen Versuch, den Ruf seiner Partei als Kulturträgerin zu retten und beantragte wenigstens für das erste Schuljahr die Abschaffung der Prügelstrafe, ebenso wie für die Mädchen. Auch das wurde von den Autoritätsgläubigen der übrigen Parteien abgelehnt.

Ganz auf derselben Höhe kultureller Einsicht steht der andere Beschluß des Ausschusses, der jede staatliche Unterstützung für Kurse ablehnte, in denen begabte junge Arbeiter und Arbeiterinnen zum Abiturium geführt werden sollen. Den Herren vom Zentrum dauerten die Kurse zu kurze Zeit, Herr Boelch fürchtete die Geldausgabe, so daß schließlich niemand außer den Kommunisten und unseren Genossen diesem Versuch zustimmte. Sollen wir noch erwähnen, daß der kommunistische Abgeordnete Kilian in einer längeren Rede diesen Antrag als einen Kompromißantrag ablehnte und den Kursen nur unter der Bedingung zustimmte, wenn sie ein einzelner Versuch bleiben würden.

Der Braunschweiger Stahlhelmkonflikt.

Braunschweig, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Stahlhelm zu Braunschweig scheint es zu einer Nachprobe zu kommen. Der Stahlhelm-Landesverbandsführer Uhlenshaut, der früher das Vertrauen der gesamten Stahlhelmorganisation des Freistaates Braunschweig hatte, sollte seines Postens enthoben werden, da die von ihm leistungsfähig begründeten Genossenschaftlichen unehrerliche Zusätze erfordern und ihre Durchführung unübersichtlich ist. Der sogenannte Stahlhelmhäuserblock in Braunschweig, der vor 1½ Jahren begonnen worden ist und in dem angeblich 200 Wohnungen für Stahlhelmlente geschaffen werden sollten, ist immer noch nicht fertig. Trotzdem

die üblichen Hausjinsstenerhypotheken gezahlt

worden sind, ist noch nicht einmal die erste Rate von 42 Wohnungen bezugsfertig. Den Mitgliedern war aber versprochen, daß diese 42 Wohnungen schon im März dieses Jahres bezogen werden sollten. Jetzt hat sich herausgestellt, daß die Wohnungen so teuer werden, daß sie überhaupt von keinem Stahlhelmer bezogen werden können.

Der Redakteur des „Volksfreund“, Thielmann, der schon früher auf die Charaktereigenschaften dieses Landesverbandsführers hingewiesen hatte, ist zweimal wegen formaler Beleidigung verurteilt worden. Die Prozesse haben aber den Anstoß dazu gegeben, daß die übrigen Stahlhelmführer sich ihren Landesverbandsführer etwas näher angesehen haben. Die seit dieser Zeit herrschenden Konflikte haben sich nun so verschärft, daß die gesamten 19 Kameradschaftsführer mit dem Ortsleiter der Stadt Braunschweig den Ausschluß Uhlenshauts aus dem Stahlhelm verlangten. Der Bundesleiter, Seidte-Wagdeburg, versucht aber, Uhlenshaut zu halten und hat seinerseits den Ortsleiter mit seinen 19 Kameradschaftsführern ausgeschlossen. Gleichzeitig hat er sämtlichen Ortsgruppen des Landes Braunschweig ein Telegramm zugehen lassen, durch das er das Abhalten von Kameradschaftsversammlungen bis zur Erledigung des Konfliktes verbietet. Die entrüsteten Kameradschaftsführer der einzelnen Orte haben sich darauf voller Empörung hinter den Ortsleiter der Stadt Braunschweig, Grub, gestellt und mit Abfall und Gründung einer eigenen Vereinigung gedroht. Außerdem haben die Kameradschaften der Stadt Braunschweig den Ausschluß des Landesverbandsführers Uhlenshaut, der gleichzeitig Mitglied der Bundesleitung des Stahlhelms ist, beschlossen. (1)

Der Bundesführer Seidte-Wagdeburg hat bisher die offene Revolte der 70 braunschweigischen Stahlhelmorganisationen nicht niederschlagen können. In einem Flugblatt des Stahlhelms heißt es, daß derjenige, der sich nicht den Anordnungen der Bundesleitung füge, kein echter Stahlhelmmann und kein Deutscher sei. Nach dem Umfang der Empörung scheint es im Freistaat Braunschweig also

nur einen echten Deutschen und Stahlhelmmann zu geben, nämlich den von seinen Kameradschaftsführern ausgeschlossenen Kohlenhändler Uhlenshaut, der übrigens vor 1½ Jahren noch eine Uebung bei der Reichsmehr als Zeitfreiwilliger und Adjutant mitmachen durfte.

Finanzbeamtentag in Dresden.

Hauptversammlung des Reichsverbandes der akademischen Finanzbeamten.

Die diesjährige Tagung des Reichsverbandes der akademischen Finanzbeamten fand vergangene Woche in Dresden statt. Den Höhepunkt bildete die Festigung im Besonderen, in der zwei in finanzpolitischer Beziehung wichtige Vorträge gehalten wurden. Der Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, Herr Dr. Zarden, sprach über „Die Reichsfinanzreform und ihre Einwirkung auf Etat und Finanzausgleich“. Er rechtefertigte die der jetzigen Reform vorausgegangene Finanzgebarung des Reichs, die durch rasches und hartes Zugreifen die notwendigen Mittel schaffen mußte, um die Stabilisierung der Währung durchzuführen. Die damalige Unübersichtlichkeit des Reichshaushaltes habe eine Anämie von Steuerbeiträgen unbedingt erforderlich gemacht. Nachdem jetzt die Währung gesichert sei und der Haushaltsplan sich überblicken ließe, konnte und mußte wieder zu den alten bewährten Grundsätzen der Gerechtigkeit, Wirtschaftlichkeit und sozialen Rücksichtnahme im Steuerwesen zurückgekehrt werden. Gerade die sozialen Rücksichten traten im neuen Einkommensteuergesetz in der starken Betonung des steuerfreien Existenzminimums besonders hervor. Natürlich müßten die Steuerlasten noch wesentlich höher bleiben als vor dem Krieg, da die Belastung in wirtschaftlicher und außenpolitischer Beziehung wesentlich stärker sei. Auch die Wirtschaft müßte sich danach einstellen, daß sie nur gedeihen könne, wenn hinter ihr ein starker Staat stehe. Die finanzielle Inanspruchnahme des Reichs bedinge nach wie vor, daß dieses auf einen Anteil an der Einkommensteuer nicht verzichten könne. Der kommende Finanzausgleich, der sich auf die neue Einkommensteuerveranlagung aufbaue, müsse die Grundlage geben für einen gerechten Ausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Den zweiten Vortrag hielt der Senatspräsident beim Reichsfinanzhof, Herr Dr. Enno Becker-Wünchen, über „Rechtsschutz und Rechtswirklichkeit im Steuerrecht“.

Am dritten Tage fand eine allgemeine Mitgliederversammlung statt, die sich mit organisatorischen und allgemeinen Beamtensfragen befaßte.

Steuervorauszahlungen.

Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer.

Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Die Finanzämter sind angewiesen worden, die Einkommensteuerbescheide (Körperschaftsteuerbescheide) möglichst bis zum Zulassungstermin zuzustellen. Nach Empfang des Steuerbescheides haben die Pflichtigen die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer (Körperschaftsteuer) nicht mehr selbst zu berechnen. Auch die Abgabe der Voranmeldungen für die Einkommensteuer (Körperschaftsteuer) fällt weg. Die Vorauszahlungen sind nach dem Steuerbescheid zu entrichten. Im Zweifel darüber auszusprechen, ob dies auch für Steuerpflichtige gilt, die den Steuerbescheid in der Zeit vom 10. bis 17. Juli 1926, also innerhalb der Schonfrist, erhalten, ist die Schonfrist allgemein bis zum 24. Juli 1926 verlängert worden. Wer bis zum 17. Juli 1926 (einschließlich) den Steuerbescheid erhalten hat, hat die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer (Körperschaftsteuer) ebenfalls nach dem Steuerbescheid zu entrichten.

Steuerpflichtige, die bis zum 17. Juli 1926 den Einkommensteuerbescheid (Körperschaftsteuerbescheid) noch nicht erhalten haben, müssen die Vorauszahlungen nach der zweiten Steueranforderung und dem Steuerüberleitungsgeleit, in der Regel also nach den Betriebseinnahmen (Umsatz) oder dem Vermögen, leisten. Hierbei gelten die bisherigen Anordnungen weiter. So können insbesondere buchführende Gewerbetreibende, denen bis zum 17. Juli 1926 der Steuerbescheid noch nicht zugestellt ist, die für den 10. Juli zu leistende Vorauszahlung vorläufig in Höhe eines Viertels des Betrages entrichten, der sich nach der beim Finanzamt abgegebenen Steuererklärung als Steuerschuld ergibt. Führt die Veranlagung zu einer höheren Steuerschuld, so ist der Unterschiedsbetrag zwischen der geleisteten Vorauszahlung und der sich nach dem Steuerbescheid ergebenden Vorauszahlung innerhalb eines Monats nach Zustellung des Steuerbescheides nachzuzahlen.

An die französischen Lehrer.

Von Siegfried Kauer.

76 000 französische Lehrer und Lehrerinnen (von insgesamt 120 000 Lehrern an staatlichen Schulen), organisiert im „Syndicat national“, bewußt ihrer Verpflichtung als Erzieher, überzeugt, daß die Annäherung und Zusammenarbeit der Völker, die durch den Krieg gegeneinander gehetzt waren, ein Werk der Erziehung ist, ausgehend von der Schule, sind entschlossen, mit aller Kraft dafür zu wirken, daß die Jugend sich einstelle auf ein Kennenlernen und wechselseitiges Verstehen der Völker, und sind entschlossen, dadurch zur Errichtung des Friedens beizutragen.

So geht der Mahnruf der französischen Lehrer in die Welt. Wir sozialdemokratischen und pazifistischen Lehrer hören die Stimme unserer Kollegen und Brüder, wir geloben, Hand anzulegen zu gemeinsamem Wert.

Es handelt sich nun nicht um eine Sache schöner Worte und rührender Gesten.

Die französischen Lehrer haben den Kampf gegen die chauvinistischen Lehrbücher mit allem Nachdruck eröffnet. Es bedurfte wahrlich nicht erst der Anregungen der Stockholmer Kirchenkonferenz, schon vorher war drüben der Wille zum Kampf für den Frieden formiert. Aber geradezu schädlich war die anonyme Attacke der „Süddeutschen Monatshefte“, war vor allem auch der Angriff im „Vestfalener“ von Fr. H. (Hullong?). Was taten die „Süddeutschen Monatshefte“? Sie bezeichneten die Werke von Diderot, Voltaire, von Fontenay und das anonyme Buch „Schöne Bilder und schöne Geschichten für die ganz Kleinen“ (1916 erschienen) als Schulbücher. Doch diese Werke sind keine Schulbücher, sind, wie das Lehr-, so schlecht verkauft, daß der Verleger damit sitzen blieb und werden von allen Leuten guten Geschmacks in Frankreich abgelehnt.

Es ist oder höchst gefährlich, wenn ein Land dem anderen Vorhaltungen macht. Erstens dürfen das nur solche Völker tun, die eine völlig „weiße Weste“ haben und sodann dürfte es nur unter genauerster Sachkenntnis geschehen.

Jedes Volk soll diese notwendige Reinigung selber vornehmen; das ist seine Gewissens- und Anstandssache; höchstens völlig unparteiische internationale Stellen müßten das Recht zur energischen Rührung haben.

Wie hat man sich in Deutschland darüber aufgeregt, daß in der Enquete sur les livres scolaires d'après guerre (Bericht über die Schulbücher nach dem Kriege), Band 1, 1923, herausgegeben von der Carnegie-Stiftung, über die deutschen Geschichtsbücher von französischen Pazifisten referiert wurde, während sonst allenthalben Vertreter des eigenen Volkes das Wort führten. Es kam dadurch trotz allen guten Willens bei unzureichendem Material und ungenügender Kenntnis ein völlig schiefes Bild über die deutschen Schulbücher heraus. Diese Erfahrung sollte uns doch umgekehrt in bezug auf deutsche Urteile über französische Geschichtsbücher zu denken geben! Aber man lernt ja so schwer aus der Ge-

schichte, so sehr gerade die Unbelehrbaren auch ihre Autorität auf die Historie zu gründen pflegen.

Nun haben die französischen Kollegen den Kampf aufgenommen, indem sie die Bücher auf einer schwarzen Liste zusammenstellten, die unbedingt zu bspottieren seien.

Ich finde in der Rainnummer des offiziellen Monatsblattes dieses Lehrerverbandes folgende Titel, die auch in Deutschland zur Genüge gebräuchlich worden sind: 1. Gauthier et Deschamps; 2. Blanchet et Tautain; 3. Fournier (La Lecture des Petits und Pour notre France); 4. Chaberges; 5. Longlois; 6. Rironneau; 7. Roux, Franz et Vincent. Es stehen außerdem noch 19 Bücher verzeichnet, die in Deutschland weniger bekannt sind. Das ist als eine erste Liste gedacht die noch weiter ergänzt werden soll. Sind doch auch die gleichen Bücher (und noch andere) in dem Bericht der französischen Kritiker im Rahmen der Enquete aufs schärfste verurteilt worden.

Außerdem hat der Verleger der Fournierschen Schriften (Gédalge) die eine (Veur la France) eingehen, die andere „Geschichten für die Kleinen“ (Les lectures des Petits) in einer völlig unannehmbaren Neuauflage erscheinen lassen, in der die schlimmsten Geschichten von den abgetrennten Händen und all diese Brevelanekdoten ausgemergelt sind. Der Verlag Hadette wird die Bücher von Gauthier und Deschamps durch bessere ersetzen, und der Verlag Colin wird den Sallabate Langlois mit der fürchterlichen letzten Seite „Auf ewig Schmach den Deutschen“ in einer verbesserten Auflage unter Weglassung dieses Hahnschreies herausbringen.

Das sind Tatsachen, die den Friedensfreund mit hoher Genugtuung erfüllen. Jedes pharisiische Darauflospaulen kann diese Entwicklung in Frankreich nur hemmen; suchen wir selber im eigenen Hause Ordnung zu schaffen.

Es ist aber charakteristisch, daß gerade die deutschen Historiker, die selber genug auf dem Kerbholz haben und durch Laktosigkeiten immer wieder die Auffassung des Auslandes von der deutschen „Mentalität“ bestätigen, daß gerade diese Historiker sich nicht genug tun können in Entrüstung über französischen Sdismus und Rachegeist und in einem Sich-Rühmen, wieviel bessere Leute doch die deutschen-Geschichtslehrer seien.

Wir versprechen den französischen Kollegen, daß wir alles daran setzen werden, auch in den deutschen Lehrbüchern und im täglichen Unterricht den Geist zu schaffen, der allein die Zukunft verbürgt. „Die Abrüstung der Herzen“ — das ist es, worauf alles ankommt. Und auf die Gefahr hin, auch weiterhin von deutschen Historikern, die weder Kant noch Herder noch Fichte verstanden haben, beschimpft und beleidigt zu werden, auf die Gefahr hin, daß man uns für ehrslos und charakterlos, für Beschämter des eigenen Restes und wie die schönen Titel alle heißen, erklärt, auf diese und andere Gefahren hin wollen wir es unternehmen, öffentlich die deutschen Geschichtsbücher und Lehrbücher zu charakterisieren und unverdrossen den Finger darauf zu legen, wo sie an weiterer Völkerverhöhnung schuldhaft sind, wo sie den Weg zum Frieden verperren.

Die französischen Kollegen schließen — und wir schlagen in die dargebotene Hand mit ein:

Wir wollen nicht von vornherein den Krieg verschweigen. Aber die Erinnerung an die tragische Vergangenheit soll nicht dazu führen, daß in einer Berührung die Gefühle des Zornes, der Verachtung,

der Rache unserer früheren Feinden gegenüber zu neuem Leben erweckt und von frischem erregt werden.

Doch soll den Rinde durch die Kriege nicht der Blick verperret werden auf die innige Verbundenheit der Völker in der Vergangenheit, auf die innigere der Gegenwart.

Das Kind muß — durch alle Peiden, Schwächen, Katastrophen der Menschheit hindurch — wahrnehmen den schmerzreichen Aufstieg der Menschheit zu einer besseren Weltordnung.

Im Rinde soll eine unerblickliche Dankbarkeit, ein grenzenloses Mitgefühl für die Menschen aller Zeiten und aller Länder entstehen. Wir wollen den Grund legen, daß sich festige einmütige Entschlossenheit zur Arbeit am Frieden der Welt.

Kultusministerium und Volksvertretung. In Berichten über die Wiedereröffnung des Museums für Völkerkunde war u. a. auch die Anwesenheit von preussischen Abgeordneten behauptet worden. Wie uns aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, trifft diese Mitteilung nicht zu. Nicht einmal die Mitglieder der in Frage kommenden Parlamentsausschüsse sind an der Eröffnung dieses sicher nicht unbedeutenden staatlichen Instituts beteiligt gewesen. In dieser Hinsicht beabsichtigen die Richtigstellung des Parlaments kommt wieder einmal zum Ausdruck, daß das preussische Kultusministerium die Volksvertretung nur als Selbstbewilligungsmaschine ansieht.

Volksliederarchiv der Rheinlande. Die Rheinlande sind von altersher von einem gesangsreichen Volk bewohnt, das viele Lieder geschaffen hat. Diese heute mehr und mehr verklingenden Schätze sollen nun in einem Volksliederarchiv gesammelt werden, das den Forschenden zu Diensten steht und durch Veröffentlichungen auf den Niederschlag des Volkes veredelnd einwirken soll. Da die Sammlung der rheinischen Volkslieder durch den Krieg und seine Nachwirkungen unterbrochen wurde, so wird jetzt ein Aufruf ertlassen, der sich an alle Helmsleute und Liederkundigen wendet. „Wenn jeder Ort bloß ein Lied übermittelte, so wäre schon ein beachtenswerter Grundstock geschaffen“ heißt es da. „Jedes aus früheren Zeiten stammende Lied, das noch im Gedächtnis des Volkes haftet und auswendig gelernt wird, jedes Reigenlied der Mädchen, jedes Kinderlied ist der Aufzeichnung wert. Text und Melodie sind anzugeben. Im Besitz mancher älterer Leute befinden sich auch noch geschriebene Wiederholte, die man zur Völkerrückführung überlassen möge.“ Das Volksliederarchiv ist dem Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande in Bonn angegliedert und wird von der Geschäftsstelle des rheinischen Wörterbuchs verwaltet.

Ludwig Brahm, der Bruder Ottos, einer der populärsten Hamburger Schauspieler, ist in Bad Teig plötzlich gestorben.

Goethe-Jahrestag in Amerika. In den Vereinigten Staaten hat sich unter dem Vorhild des Germanisten Prof. Carl F. Schreier von der Yale-Universität ein Ausschuss gebildet, der Vorbereitungen zu einer Goethe-Jahrestagfeier anläßlich der hundertjährigen Wiederkehr des Todestages Goethes 1932 trifft. Es ist beabsichtigt, einen oder mehrere Bände zu veröffentlichen, worin Amerikaner den Einfluß Goethes auf Amerika behandeln sollen.

*) In diesem Jahre wird eine Ergänzung von deutscher Seite erscheinen.

Die Opfer der Krise.

Herriot und Poincaré enttäuschten.

Paris, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Frankreich hat seit einigen Tagen wieder eine Regierung. Die Krise dauerte trotzdem an, und noch nie hat man in den politischen Kreisen unmittelbar nach der Bildung einer neuen Regierung so stark wie jetzt das Gefühl gehabt, daß in Wirklichkeit gar nichts „gelöst“ ist.

Schwerer als in der jüngsten Krise sind die verschiedenen Parteien noch nie in ihrer traditionellen Bekaulichkeit erschüttert worden, und schroffer haben die Ergebnisse der Krise noch nie den Hoffnungen widersprochen, die bei ihrem Ausbruch sowohl bei der einen als bei der anderen Seite bestanden haben. In allen Lagern gibt es Enttäuschung! Die Linke wie die Rechte hat moralische Schläge erlitten. Sie finden ihr Echo in den Kommentaren der Presse, die auf der einen Seite das Verhalten Herriots, auf der anderen Seite die Haltung Poincarés hervorzuheben haben. Die Rolle Herriots, des früheren Ministerpräsidenten, während seiner Verhandlungen zur Regierungsbildung war zweifellos wenig zufriedenstellend. Er hat es nicht gewagt, eine reine Linksregierung zu bilden, wie es ihm von seinen engeren Freunden, dem früheren Innenminister Chaumets und dem früheren Minister der öffentlichen Arbeiten, Petrol, dringend geraten worden war. Das wird ihm von denjenigen Radikalfazialisten zum bitteren Vorwurf gemacht, die trotz der Weigerung der Sozialisten, in ein Kabinett Herriot einzutreten, eine ausgesprochene Kartellregierung für existenzfähig halten. Mehr noch hat sich Herriot dadurch geschadet, daß er einen Augenblick ernsthaft daran dachte, sich selbst an Poincaré mit der Aufforderung zur Mitarbeit zu wenden. Er hat später zwar auf diesen Appell verzichtet, statt dessen aber mit dem früheren Generaldirektor der Kammer des bloc national, Bokanowsky, und mit den nicht minder nationalistischen, wenn auch in der Finanzfrage selbständig orientierten Herren Briet und Robiers verhandelt. Schließlich wandte er sich sogar an das Mitglied der nationalistischen Christlichsozialen, Champetier de Ribes, und schien bereit, ein Rischmatsch-Kabinett zu bilden, dessen Programm mit dem Ergebnis des 11. Mai 1924 nur schwer hätte übereinstimmen können. Allgemein herrscht unter diesen Umständen das Empfinden, daß der persönlich sehr sympathische Mann, zu dem nicht nur die Bürgerlich-Radikalen, sondern auch fast alle sozialistischen Elemente Vertrauen hatten, sich in der außerordentlichen Situation, in der Frankreich steht, als unentschieden und müßlos gezeigt hat. Herriot selbst fühlt das, und nicht umsonst hat er entgegen allen bisherigen Gepflogenheiten am Tage, nachdem er den Auftrag zur Regierungsbildung zurückgab, im „Quotidien“ eine zwei Spalten lange Rechtfertigung veröffentlicht. Einstweilen steht trotzdem fest, daß Herriot an Autorität und Vertrauen viel eingebüßt hat, und um das verlorene Terrain wiederzugewinnen, wird er sowohl innerhalb als außerhalb seiner eigenen Reihen zweifellos einen harten Kampf führen müssen.

Wenn die Rechtsparteien, die sehr genau wissen, was sich hinter den Kulissen abgespielt hat, den „Fall Herriot“ nicht stärker ausschlagen, so hat das vor allem seine Ursache darin, daß auch sie, wie man hier zu sagen pflegt, „einen Toten im Hause haben“.

Poincaré, in dem sich alle Tugenden, auf die der bloc national bisher stolz zu sein schien, immer noch am stärksten verkörpert, hat vom Standpunkt der Rechten aus jämmerlich verlagert. Was für ein Jubel ging durch die Spalten der Rechtspresse, als nach dem Verzicht Herriots Briand dem ehemaligen Präsidenten der Republik das Finanzportefeuille übertragen wurde. Jetzt mußte doch endlich das „Vertrauen“, dessen Wiederherstellung vom bloc national seit Jahr und Tag als einzige Bedingung für eine schnelle Besetzung der französischen Finanzen hingestellt wurde, geradezu gegenstandslos über das Land kommen, und da Poincaré seine ministerielle Karriere vor etwa 30 Jahren als Finanzminister begonnen hatte, ihm also niemand weder fachmännische Kenntnisse noch persönliche Unabhängigkeit von den Großbanken bestreiten konnte, gab es sogar in den Linksparteien Elemente, die sich bereit zeigten, eine wohlwollende, abwartende Stellung einem Kabinett mit Poincaré gegenüber einzunehmen. Hätte Poincaré von vornherein das Angebot Briands abgelehnt, so wäre auch das schon für die Rechte eine Enttäuschung gewesen. Aber er erbat sich Bedenkzeit, ließ sich von dem zurückgetretenen Finanzminister die geheimen Akten zeigen, fuhr wieder zum Quai d'Orsay zurück und erklärte Briand: „Bitte nicht, aber für jedes andere Portefeuille stehe ich zur Verfügung.“ Wie ein Donner Schlag wirkte diese Nachricht auf die Parteien des bloc national. Sie waren sich sofort im klaren darüber, daß Poincaré des mangelnden Rates zu zeihen ist und diese nicht zu widerlegende Beschuldigung schließlich am bloc national hängen bleiben würde. Auch Poincaré hat unter diesen Umständen genau wie Herriot es für notwendig gehalten, sofort vor der Öffentlichkeit sein Verhalten zu rechtfertigen.

Aber dem ehemaligen Präsidenten des bloc national ist es ebenwienig gelungen, den Eindruck zu zerstören, den sein Verhalten hervorgerufen hat, wie dem Präsidenten der Linkspartei. „Zwei Großkapitäne über Bord“ könnte der Zuschauer rufen, ohne daß er dabei zu vergessen braucht, daß in Frankreich die Wiederauferstehung zur Tradition gehört, wie das u. a. erst jetzt wieder der Fall Cailaue beweist.

50 Jahre Sozialistenfahne.

Ein Jubiläum in Hensburg.

Am Sonntag feierte in Hensburg die sozialdemokratische Parteiorganisation das fette Fest der 50jährigen Fahnenweibe. Im Jahre 1876, als wenige Genossen unter der Gewalt Herrschaft Bismarcks sich zusammenschlossen, um die Idee des Sozialismus zu verbreiten, wurde dieses Banner von zarter Hand hergestellt und geweiht. Zwei Jahre später, bei Beginn des Sozialistengesetzes, verteilte das Banner der Beschlagnahme. Nach 33 Jahren der Beschlagnahme wurde das Symbol der Freiheit und Würdevolligkeit wieder befreit. Mutige Genossen waren es, die es in stiller Nacht vom Rathausboden herunterholten. 50 Jahre sind nunmehr seit der Weihe verfloßen. Das gab den Hensburger Arbeitern Veranlassung, den Tag festlich zu begehen. Einladungen waren nicht nur an die Genossen der Provinz, sondern auch in Danemarsk ergangen. Tausende Genossen waren der Einladung gefolgt, ganz besonders aus dem abgetretenen Gebiet. Bei der Festversammlung sprachen nach einer kurzen Begrüßung durch den Genossen Michelsen, Scheidemann, Berlin, Kiefern-Sandberg, der Vorsitzende der dänischen Bruderpartei Andersen-Kopenhagen, Hansen als Vertreter des Bezirksverbandes und Breckour als Vertreter der Landtagsfraktion. In einem großen Festzug, wie ihn Hensburg noch nicht gesehen hatte, fand die Begrüßung und Freude ihren Niederschlag. Auf dem großen Festplatz sprachen vor 6000 Teilnehmern die Genossen Schröder-Mitona, die Genossen Reiffen und Scheidemann. So wurde das Fest zu einem seltenen Ereignis für die ganze Provinz Schleswig-Holstein.

Der Generalsekretär der Bank von Frankreich, Kupell, ist nach dem Generaldirektor ebenfalls in den Ruhestand getreten.

Berliner Kinder in Kärnten.

Von Belzen aus, wohin uns deutschösterreichische Gastlichkeit lud, fährt der Trupp Berliner Journalisten hinauf zum Gaoler See, einem lieblichen Plätzchen Kärntner Landschaft: Dicht um den See liegen grüne Hügel, wenige Stunden nur sind es zu dem frohigen Festsitz des Mittagstages, der sich hoch aus den übrigen Karawanken heraushebt und die ganze Landschaft beherrscht.

In diesem Plätzchen — Bedenken heist der Ort — hat die Kärntner Landesregierung unter tätiger Mitarbeit des auch vielen Berlinern bekannten Genossen und Landesrats Bogger ein Haus gepachtet, das, um bald seinem Zwecke dienen zu können, in aller Eile zu einem Heim in der heim hergerichtet wurde. Wie groß ist die Freude, als wir hier fünfzig fröhlich lärmende, singende und spielende Kinder unverfälschter Berliner Art treffen. Die Kärntner haben mit der Stadt Berlin unter Mitwirkung des preussischen Wohlfahrtsministers ein Abkommen getroffen, wonach das Heim gepachtet wurde, um hier in der frischen alpinen Luft kränklichen und schwachen Kindern aus dem Norden einen Erholungsaufenthalt zu schaffen. Das Berliner Jugendamt, dessen Leitung der Genossin Wurm untersteht, hat die Kinder ausgewählt. Arbeiter, Angestellte, Kaufleute, Beamte sind die Mütter dieser Bubens und Mädels, die jetzt die Höhen sonne und die Alpenluft der Berge in ihre jungen Körper aufnehmen, die mit der ganzen unbewußt-fröhlichen Selbstverständlichkeit die Schönheit dieses Landes in vollen Zügen genießen, und die wir jetzt, wohl über hundert Meilen fern der gemeinsamen Heimat, treffen.

Für viele, besonders unter den Jungen, war die Fahrt keine leichte Sache, obwohl viel Vorbehalten getroffen war, daß niemand schlapp macht. Aber schon die wenigen Tage (vom 20. bis 23. Juni) haben genügt, um die ganze Frische der Bergluft und der Bergsonne in die Kinderherzen hineinzuzaubern. Sie sind quatschig, die Augen, geben auf alle Fragen Auskunft. Und so hört man, daß sie sich hier recht wohl fühlen, daß sie den lärmenden Summen der Großstadt mit ihren Autos und Straßenbahnen gern hinter sich lassen, daß sie am Bach spielen und sich sammeln unter der Aufsicht der Pflegerinnen, die mit Gesang und Lautenspiel die Fröhlichkeit wachhalten. Da sind Kinder aus Karlsruhe und aus Reutlingen; wohl alle fühlen sich frei und unabhängig, nachdem die düsteren Mistkästern des Berliner Südstadens, Südostens, Ostens und Nordens sie für ein paar Wochen losgelassen haben. Wenn man so sieht, wie dieses lustige Bildchen unter dem Getriller rasch erlernter Alpenlieder hier in freier Natur gefunden, so kann man nur wünschen, daß recht viele von ihnen hinauswachsen aus der tönenden Enge der Großstadt in die Stille und Freundlichkeit dieser gesunden Alpenstriche.

Es geht ihnen gut, den Jungen, wenn auch das Heim noch erst provisorisch hergerichtet ist und des Ausbaus bedarf. Saubere Betten, ein freundlicher Speiseraum, Garten dabei und die ganze bunte Bewegtheit der Alpenlandschaft ringsum — das schafft schon Gemütlichkeit. Für Krankheitsfälle hat man eigene Krankenzimmer eingerichtet, wo die Kleinen ihre Pflege haben. Schleppt doch so manches von ihnen die vernachlässigten Reime chronischer Leiden mit sich, um die sich die Angehörigen nicht kümmern oder aus Armut nicht kümmern konnten. Für diese Fälle ist aber gut vorgesorgt, und das heilende Klima des Hochlandes wird das Seine dazu tun, um den Weg zur Gesundung abzukürzen. Mütterlicherweise sind es nur ganz wenige, die durch plötzlich auftretende Erkrankung aus Bett gefesselt wurden. Alle aber grüßen die Heimat, obwohl sie versichern, daß sie nicht das geringste Heimweh haben.

Als Gegenleistung für Kärntner Gastlichkeit hat die Stadt Berlin eine Anzahl von Plätzen in ihren Heimen an der Ostsee für solche Kinder dieses Landes freigemacht, die zur Heilung der Seele bedürften. So kommt die Jugend der Spree an die besonnten Teile Kärntens, und die Kinder der Berge werden das Meer rauchen hören und in seinen Wellen toben: Ein schönes Werk sozialer Hilfe, die keine Landesgrenzen kennt und in die frischen Kinderseelen den köstlichen Samen gegenseitigen Verlebens legt. Vielleicht hoffen auch sie bald mit uns Großen, daß die Bande an Donau und Drau und die vom Rheine bis nach Ostpreußen nicht mehr lange von künstlich erhaltenen Grenzschranken getrennt bleiben und daß die Vereinigung, nach der die Völker gleicher Sprache streben, in naher Zukunft Tatsache wird.

Die letzten Plädoyers im Kutischer-Prozess.

Mittwoch Urteilsvorkündung.

In langer Reihe folgten gestern die Reden der Verteidiger. U. a. behauptete Rechtsanwalt Dr. Kubell, er habe nicht den Eindruck, daß Kutischer der Betrüger sei, als der er bezeichnet werde. Er sei wohl ein wilder Spekulant und Händler, auch sei er kein Kaufmann und kein Bankier im üblichen Sinne gewesen. Der einzige Vorwurf, der ihm zu machen sei, sei der, daß er leichtfertig Kredite genommen habe, die die Staatsbank ihm leichtfertig gegeben habe. Der Verlust, den diese gehabt hat, betrage auch nicht 14, sondern nur 6 Millionen Mark. Schärfer geht der Verteidiger des Angeklagten Blau und Alexander Kutischer, R.-A. Dr. Bindar, mit der Staatsbank ins Gericht. Er bezeichnet das Verhalten ihrer Direktoren als unerhört und lächerlich. Sie haben gemissermaßen einem hergekauften Ausländer 14 Millionen vor die Füße geworfen. Diese Leute sind nicht getuschelt worden. Sie müßten irgendwie stark beeinflusst, sie müssen bestochen worden sein. „Wenn ich Staatsanwalt wäre“, meinte der Verteidiger, „hätte ich sie wegen Untreue und wegen posthumer Betrug, Kutischer aber wegen Attentat unter Anklage gestellt. Das Gericht hat ihnen aber geglaubt und sie auch verurteilt.“ Sehr energisch legen sich für Holzmann die Verteidiger Dr. Willi Wolf und Dr. Saß ins Zeug. Holzmann, dessen Anzeige den ganzen Prozess erst möglich gemacht und ohne Rücksicht darauf, ob er sich selbst belastet, alle nötigen Aufklärungen gegeben habe, sei durchaus nicht so schuldig, wie das von ihm behauptet wird. Doch er nicht so gehandelt habe, wie man das von einem ethischen deutschen Kaufmann gewöhnt sei, gebe er selbst zu. Trotzdem verdiene er eine mildere Beurteilung. Eine betrügerische Absicht habe er nie gehabt. Auch die eidesstattliche Versicherung habe er nur gegeben, weil man ihm versichert habe, daß sie nicht für das Gericht bestimmt sei. Mittwoch mittag erfolgt die Urteilsbegründung.

Zu den Fleischvergiftungen in Lichtenrade.

In dem Befinden der nach dem Genuß von rohem Schabefleisch erkrankten und im Priyer Krankenhaus befindlichen Familienmitglieder des Arbeiters Jänike aus der Wittelsbachstraße 2 in Lichtenrade ist im Laufe des heutigen Vormittags eine wesentliche Besserung eingetreten. Sie befinden sich außer Lebensgefahr. Die Erkrankten haben die Nacht teils sogar fieberfrei verbracht. Ein weiteres Kind Jänikes wurde in das Kinderkrankehaus geschafft, da sich bei ihm gestern ebenfalls Vergiftungserscheinungen bemerkbar machten. Das vierte Kind, das von dem rohen Schabefleisch nichts gegessen hatte, befindet sich wohl auf. Die Nachforschungen der Polizei nach dem Ursprung und Verkäufer des Fleisches haben nach Berlin geführt, wo Frau J. am Freitag das Fleisch in einem großen Berliner Warenhaus eingekauft hat. Die Untersuchungen nach dieser Seite, wie auch die Feststellungen des bakteriologischen Instituts nach dem Krankheits-erregere, sind noch nicht abgeschlossen. Soweit aber bisher bekannt geworden ist, sind weitere Erkrankungen nirgends zu verzeichnen.

Kurzschluss im elektrischen Vorortzug Berlin — Verna.

Durch Kurzschluss der Leitung eines Wagens des elektrischen Vorortzuges 204 auf der Strecke Verna — Berlin entstand heute früh eine etwa 1 1/2 stündige Lähmung des gesamten Vorortverkehrs, die sich besonders empfindlich auswirkte, als viele Arbeiter und Angestellte nur mit großer Verpöpfung an ihre Arbeitsstätten gelangen konnten. Der Kurzschluss erfolgte kurz hinter Köntental, als der um 6,27 Uhr fahrplanmäßig abgehende Zug den Bahnhof verlassen hatte. Die Fahrgäste wurden zum Bahnhof zurückgeführt. Inzwischen mußte

der schadhafte Zug aus dem Verkehr gezogen werden, um die Strecke freizubekommen. Erst im Laufe des Vormittags ging der Vorortverkehr wieder fahrplanmäßig von Station. Obgleich sich die Kurzschlüsse besonders auf der Berlin — Vernaer Strecke in letzter Zeit mehren, liegt nach den Mitteilungen der Reichsbahndirektion kein Grund zu Beunruhigungen vor.

Die Geistesranke und der Amtsgerichtsrat.

Ein Sensationsprozess in Breslau.

Für den Ausfall des Sensationsprozesses Prof. Rosen hält Breslau die Öffentlichkeit schadlos durch einen anderen Sensationsprozess. Vor dem Landgericht wird gegen Amtsgerichtsrat Josephson verhandelt, der der Beihilfe zum Mordversuch angeklagt ist. Abgesehen von der psychologischen Seite ist dieser Prozess auch insofern interessant, als die Hauptbelastungszeugen Rodenstok für geisteskrank erklärt worden ist. Die Rechtsprechung nimmt in solchen Fällen, wo die Hauptäterin geisteskrank war, die unmittelbare Täterschaft desjenigen an, der Beihilfe geleistet oder zum Verbrechen angestiftet hat. In diesem Falle behauptete die Rodenstok, Amtsgerichtsrat Josephson habe ihr Geld zur Anschaffung von Revolver und Munition gegeben, damit sie ihre Nebenbuhlerin Heffe töte. Die Rodenstok hat auch wirklich auf die Heffe geschossen, sie aber nur verletzt. Während des Ermittlungsverfahrens stellte es sich heraus, daß es sich um eine schwer hysterische Person handelte, die für ihre Tat nicht verantwortlich gemacht werden kann. Das Verfahren wurde eingestellt, und die Rodenstok einer Irrenanstalt überwiesen. Auch das Verfahren gegen Amtsgerichtsrat Josephson wurde aus Mangel an Beweisen niedergelassen. Die als Nebenklägerin zugelassene Heffe legte aber gegen den letzten Beschluß Beschwerde, ein und so kam es zur Eröffnung des Hauptverfahrens. Amtsgerichtsrat Josephson hatte die Rodenstok bereits im Jahre 1914 kennen gelernt, wurde dann durch den Krieg von ihr getrennt, traf sich später wieder und ging, wie er erklärt, weil er ihre Judrinalitäten nicht abmehren konnte, mit ihr in Verhältnisse ein. Später lernte er aber die Heffe kennen, es entstanden auch hier intime Beziehungen, die dann durch Differenzen zivilrechtlicher Natur in die Brüche gingen. Die Heffe hatte dem Amtsgerichtsrat Josephson ihr Vermögen anvertraut und glaubte sich durch ihn geschützt. Die Folge davon war eine Zivilklage. Am Tage vor dem Gerichtsstermin schob die Rodenstok auf die Heffe. Der Prozess bedeutet nicht allein für die Breslauer Gerichtsstelle eine Sensation, da eine derartige Anklage gegen einen Richter etwas ganz Außergewöhnliches vorstellt. Zur Verhandlung sind insgesamt 60 Zeugen geladen. Neben dem bekannten Verteidiger Justizrat Dr. Ramroth wird der Angeklagte auch durch seinen Bruder, den Justizrat Josephson-Berlin verteidigt. Ueber die Gerichtsverhandlung wie über den Ausgang des Prozesses wird noch zusammenfassend zu berichten sein.

Neuer Weltmeister in Sicht!

Also, wir haben wieder mal einen „Rekord“ zu gewärtigen! Alfredo Fernando will 130 Stunden durchhangeln. Sein Versuch dürfte bekanntlich nach 30 Stunden insofern Mißlingen abgebrochen werden. Nun geht er nochmals ran. Im Lunaparkcafé unter Zitronengelächerten Himmel — Räume der Heimat — geht die Sache vor sich. Gestern, am Beginn seiner Tätigkeit, konnte man noch keinerlei Ermüdung an ihm feststellen. Mit toderntem Gesicht — die Sache ist ja aber auch wahrhaftig zum Heulen — schwingt er verschiedene Portmerinnen bei Musik und Gramophonbegleitung herum. Zwischen durch reißt er sich mal die Hände mit Eau de Cologne ein, ohne deswegen am Plage zu verweilen. Alle 2 Stunden hat er 10 Minuten Pause, die zu Massagen werden verwendet wird. Essen soll er angeblich während des Tanzes, über die übrigen täglichen Funktionen erfolgte keine Orientierung. Ein Aufsichtsorgan ist ebenfalls zur Stelle. Hoffentlich kann man ihm nicht nachher — gleich keinem Kollegen von der Hungerfabrik — „unreife Geschäftsgebarung“ nachweisen. Die Schöpfeladenstangen Jollis geben zu denken.

Vom Gerüst abgeführt. Beim Errichten von Filmkulissen auf dem Gelände der „Fag“ in Schönholz stürzte ein Arbeiter aus beträchtlicher Höhe von einem Gerüst in die Tiefe. Durch einen Wagen des Städtischen Rettungsamtes wurde der Schwerverletzte in das Bankower Krankenhaus eingeliefert.

Das Urteil im Spritweber-Prozess wird Mittwoch früh 9 Uhr verkündet werden. Gestern wurde immer noch des langen und breiten darüber verhandelt, ob Spritweber wissen mußte, daß die 2 Millionen Mark Zoll, die auf dem Stahnsdorfer Lager lasteten, erlassen worden waren oder nicht.

Rückgang des Hochwassers.

Aus dem Ueberschwemmungsgebiet der Oder wird ein weiterer Rückgang der Flut gemeldet. Die Elbe hat dagegen bei Wittenberge im Laufe des Montags weitere Gebiete überschwemmt und es besteht die Gefahr weiterer Dammsbrüche.

Stettin, 28. Juni. (WTS.) Nachdem der Hochwasserstand der Oder bei Schwedt um einige Zentimeter gefallen ist, hat die Hochwasserwelle jetzt die Gegend von Gark-Greifenhagen oberhalb Stettin erreicht. Die Deiche, die den Großschiffahrtsweg, die sog. Westoder, gegen das Hochwasser schützen sollen, drohen übersüßet zu werden. An manchen Stellen steht das Hochwasser nur noch eine Handbreit unter der Deichhöhe. Ansehts der bedrohlichen Lage wurde heute nachmittags ein Pionierkommando und ein Infanteriekommando nach Gark zur Hilfeleistung entsandt. An den Deichen wird sieberhaft gearbeitet. Das Wasser stieg heute zwischen 5—7 Uhr abends noch um 2 Zentimeter. Ob der Höchststand schon erreicht ist, ist im Augenblick noch nicht abzusehen. Man schätzt die überschwemmte Fläche im Gark-Greifenhagener Obergerbiet auf über 4000 Hektar. Verschiedene Obergerterter wie Fiddichow und Ripperwiese sind in den dieser liegenden Ortschaften gefährdet. Die Ripperwiese Frühkartoffelernte, die für die Versorgung der Großstädte von Bedeutung ist, zu bergen, ist unmöglich. Zum Teil verflucht man die Bergung der Kartoffeln von den Röhren aus.

Die Ursache der Dammsbrüche.

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, wird das preussische Ministerium für Landwirtschaft, sobald sich das Hochwasser verlaufen hat, eingehende Untersuchungen über die Ursachen der in der letzten Zeit erfolgten Dammsbrüche anstellen. Die in Frage kommenden Regierungspräsidenten sind bereits angewiesen worden, schriftlich Bericht zu erstatten und werden nach Berlin berufen werden, um dem Minister Vortrag zu halten und in gemeinsamen Besprechungen Mittel und Wege zu finden, um nach Möglichkeit derartigen Katastrophen vorzubeugen. Mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren aufgetretenen Ueberschwemmungen haben gerade die Deichverbände einen besonders scharfen Ueberwachungsdienst ausgebaut und die ihrer Obhut anvertrauten Anwohner mit allen Mitteln der Technik instand gehalten. Bei den regelmäßigen Inspektionsreisen der Deichhauptleute und der Beamten des Ministeriums sind ernsthafte Uebelstände nirgends festgestellt worden, und die Behauptung, daß aus Ersparnisgründen die Deicharbeiten eingeschränkt oder vernachlässigt worden seien, trifft nach Angabe des Ministeriums keineswegs zu.

Tödlicher Unfall vom Fallschirm. Ein Eisenbahnbeamter wollte in Riga seinen Fallschirm vorführen. Ungefähr 1000 Meter über der Dunamündung löste sich der Fallschirm vom Flugzeug und begann sich zu entfallen. Plötzlich glitt der Erfinder vom Fallschirm ab und stürzte ins Wasser. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Das wahre Gesicht.

Hinter dem unausgesprochenen Befehl der SPD. über die reformistischen Führer der Gewerkschaften verbirgt sich nur dürrig die bolschewistische Feindschaft gegen die Gewerkschaften überhaupt. Die Gewerkschaftsorganisationen sind reformistisch, oder sie sind keine gewerkschaftlichen Organisationen mehr, sobald sie ihren „reformistischen“ Charakter preisgeben und sich zum Anhängel einer politischen Partei und damit zu deren Werkzeug hergeben. Der Konjunkturfaktor der SPD. bei den Berliner Delegiertenwahlen zum Verbandstage der Metallarbeiter ist den jungen Leuten der Berliner Moskauerlei derart in die Krone gestiegen, daß sie wieder einmal offen ausplaudern, worum es sich für sie dreht:

„Den reformistischen Einfluß in den Gewerkschaften zu brechen und die Massen für die kommunistische Auffassung zu gewinnen.“

Erst dann habe eine Revolution in Deutschland nach den Worten Lenins die vollen Aussichten auf den Sieg.

Welcher Art die kommunistische Auffassung ist, darüber sind die Moskauer Gelehrten sich noch keineswegs einig. Höchstens in den Schlagworten: „Generalstreik, Revolution, Arbeiter- und Bauernregierung.“

Ob die SPD. die Parole ausgibt: „Heraus aus den Gewerkschaften“ oder die Parole: „Hinein in die Gewerkschaften“ — eine ist so gewerkschaftsfeindlich wie die andere, da es sich für sie nur um die bessere Taktik handelt, an die Gewerkschaften heranzukommen, sie zu „erobern“, für die kommunistische Partei.

„Die größte gewerkschaftliche Vermaltungsstelle im DGB.“ ist schon so ziemlich „erobert“, es ist nur noch eine Kleinigkeit, auch die übrigen Ortsverwaltungen der Verbände zu „erobern“. Die Gewerkschaftsarbeit, die reformistische Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, oder wie gegenwärtig, die möglichste Abwehr von Verschlechterungen, wird von der SPD. mit schiefen Augen betrachtet, da sie dem Revolutionarismus hindernd im Wege ist. Nicht darum dreht es sich für die SPD., die gewerkschaftlichen Aufgaben zu fördern und zu lösen — denn das würde „reformistisch“ — sondern darum, den Gewerkschaftsapparat in die Hände zu bekommen, um ihn der politischen Partei der Kommunisten dienlich zu machen, die ihre Direktiven aus Moskau empfängt, an russischen Drähten gezogen wird, und die so langsam muß, wie in Moskau gepfiffen wird. Die SPD. ist gewerkschaftsfeindlich und wirkt gewerkschafts-schädlich.

Den Gewerkschaftsmitgliedern muß immer wieder das wahre Gesicht der SPD. gezeigt werden, ohne die Gewerkschaftsmasse, die sie rein aus taktischen Gründen sich vorbindet, um sich als gewerkschaftsfreundlich auszugeben und ihr zersetzendes Treiben innerhalb der Gewerkschaften ungehindert fortsetzen zu können. Diesem Treiben gegen die Gewerkschaften muß Einhalt geboten werden.

Delegiertenwahlen der Metallarbeiter.

Wir geben hier einige weitere Wahlergebnisse der Verbandstagswahlen wieder:

	Amsterdam	SPD.
Dresden	6373	4085
Magdeburg	2481	787
Chemnitz	2239	1816
Siel	1817	641
München	1673	608
Brandenburg	1350	846
Leipz	1227	198
Düsseldorf	1048	875
Braunschweig	981	581
Stenburg	953	173
Stettin	927	465
Saalfeld-Jena	798	261
Gotha-Göhring	700	384
Elberfeld-Barmen	564	848
Aue	500	300
Zudemwalde	479	115
Hwidau	412	180
Erfurt	404	814
Crimmitschau	354	55
Jugau	308	56
Wismar	305	87
Arnstadt	172	71

Die Amsterdamer Liste hat ferner mit großer Mehrheit gestimmt in Gera, Weidenau, Erfurt, Arnstadt, Gotha waren bisher kommunistische Hochburgen, in den dortigen Verwaltungsjahren beherrschten die SPD.-Leute den Vorstand.

Die Dampferpartie der Bierfahrer.

Dampferpartien von Arbeitnehmern am Tage des Volksentscheids mußten von vornherein einem gewissen Verdacht begegnen hinsichtlich des Zwecks der Uebung. So auch eine Dampferpartie des Vereines Berliner Bierfahrer, die zunächst scheinbar als eine Veranstaltung der Schulheiß-Bahnenhofs-Brauerei angesehen und kritisiert wurde. Der Sekretär dieser Brauerei hat diesen Irrtum der „Roten Kohle“ berichtigt, die nun erst recht gegen den Bierfahrerverein loslegt, als ob er nur aus Unorganisierten bestehe. Das ist nicht der Fall. Der Vertrag des Vereines mit der Brauerei ist bereits am 3. Februar abgeschlossen worden und durch Anzahlung der 20. Juni festgelegt worden. Am 13. März wurden die Vereinbarungen mit dem Deponier der Kampenburger getroffen. Nach der später erfolgten Festlegung des Termins für den Volksentscheid war eine Abbestellung des Dampfers nicht mehr möglich, da sie einen Schaden von über 2000 Mk. bedeutet hätte. Der Verein hat seine Mitgliedschaft bereits am 3. Juni mit Karte auf das Zusammenreffen hingewiesen und die Abfahrt des Dampfers um 9 1/2 Uhr verlegt, so daß es jedem Teilnehmer an der Dampferpartie möglich war, entweder sich rechtzeitig einen Stimmzettel zu beschaffen oder aber am Morgen des 20. Juni gleich nach 8 Uhr seiner Stimmpflicht nachzukommen. Es besteht also keine Veranlassung, dem Verein aus seinem Verhalten in dieser Angelegenheit einen Vorwurf zu machen.

Wahlen für die Arbeiterkammern in Wien.

Wien, 28. Juni. (W.Z.) Die am Sonnabend erfolgte Wahl für die Arbeiterkammern der Arbeiter und Angestellten ergaben in Wien für die sozialdemokratische Liste (freie Gewerkschaften) 102 668 Stimmen, christlich-sozialistische Gewerkschaft 8278, kommunistische Liste 5555 und Deutscher Gewerkschaftsbund 1252. Gegenüber

der letzten Wahl verloren die Sozialdemokraten 10 000 und die Kommunisten 1500 Stimmen.

Nach der Gewerkschaftlichen Balkankonferenz.

(A. G. B.) Die Beschlüsse, die die gewerkschaftliche Balkankonferenz auf Vorschlag der drei eingeleiteten Kommissionen gefaßt hat, sind durch den Internationalen Gewerkschaftsbund den zuständigen Ministerien in Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien und Rumänien zugelandet worden. Die Denkschriften, die die betreffenden Landeszentralen über die Lage der Arbeiterschaft und über Koalitionsrecht und behördliche Praxis der Balkankonferenz vorgelegt hatten, wurden beigelegt.

Die Beschlüsse der Balkankonferenz wurden ebenfalls dem Internationalen Arbeitsamt übermittelt, das bereits in ausführlicher und entgegenkommender Weise zu allen Fragen, die in sein Tätigkeitsfeld fallen, Stellung genommen hat. Die Antwort des Internationalen Arbeitsamtes, die den Gewerkschaftszentralen der Balkanländer durch den A. G. B. übermittelt wurde, wird ebenfalls dazu beitragen, die Balkangewerkschaften in ihrem Kampf um besseren Arbeiterschutz und vor allem um Durchführung der bereits bestehenden Gesetze zu stützen.

Um die Arbeitszeit im englischen Bergbau.

London, 29. Juni. (W.Z.) Schon bei Beginn der heutigen zweiten Beratung der Vorlage über den Achtstundentag im Bergbau im Unterhaus waren Anzeichen von dem erbitterten Widerstand zu bemerken, den die Arbeiterpartei dagegen zu leisten gedenkt. Staatssekretär Steel Railton wurde häufig durch Gelächter und ironische Zurufe der Arbeiterpartei unterbrochen, als er die Vorlage begründete. Er betonte, daß es sich nicht um eine dauernde Maßnahme handele, daß die Bergleute nicht gezwungen werden sollten, eine Stunde länger zu arbeiten, sondern daß ihnen dies nur freigestellt werde, und daß der Regierung infolge der unnahegelegigen Haltung der Führer der Bergleute gar kein anderer Weg als der von ihr beschrittene offen gelassen sei. Er wandte sich weiter gegen die Behauptung, daß ein allgemeiner Angriff auf Arbeitszeit und Löhne geplant sei, und erklärte unter Hinweis auf die zunehmende ausländische Konkurrenz, die Vorlage werde die Wirkung haben, die Kohlenzeugung um zwei Schilling pro Tonne zu verbilligen. Die Regierung werde sich bei ihrem Vorgehen allein von der Erwägung leiten lassen, zu tun, was für das Land, die Industrie und die Bergleute am besten sei.

Walsh (Arbeiterpartei) beantragte die Ablehnung der Vorlage und sagte, die Regierung habe ihre frühere Zusage, zu dem Bericht der Kohlenkommission zu stehen, nicht gehalten. Bei Annahme des Gesetzes würden die englischen Bergleute länger zu arbeiten haben als die irgend eines anderen großen europäischen Kohlengebietes. Sir John Simon (liberal) wies darauf hin, daß die Bergleute selbst eher einer Lohnverminderung, als einer Verlängerung der Arbeitszeit zustimmen wollten, und daß es daher nur natürlich sei, wenn sie eine Maßnahme mit offenem Mißtrauen betrachteten, die den Wünschen der Grubenbesitzer entspreche. Im weiteren Verlauf der Debatte ergingen sich verschiedene Arbeitervertreter in äußerst heftigen Angriffen gegen die Regierung.

Die Debatte verlag.

London, 29. Juni. (W.Z.) Im Unterhaus wurde nach heftigen Angriffen der Arbeiterpartei die Regierungsvorlage über die Erhöhung der Arbeitszeit in den Gruben die Debatte auf Antrag der Regierung verlag.

Der Volksgussausschuß der englischen Bergarbeiter.

London, 29. Juni. (W.Z.) Wie schon früher gemeldet, wird heute, am 60. Tage des Bergarbeiterstreiks, der Volksgussausschuß des Bergarbeiterverbandes zum ersten Male seit drei Wochen wieder zusammentreten. Die Konferenz wird mit der Erledigung laufender Geschäfte begründet. Die Drohung des Sekretärs des Verbandes, Cook, die Zurückziehung der Sicherheitssteuern, die für die Instandhaltung der Bergwerke sorgen, zu erwägen, wird nicht mehr ernst genommen, zumal da nach Ansicht von Gewerkschaftsführern der Bergarbeiterverband für diese Frage nicht zuständig ist und der Verband der Bergmaschinenführer seinezeitlich beschlossen hat, die notwendigen Arbeiten in Gang zu halten.

Auf die Weidung über die Leiden der Kinder in den Kohlenbergwerken hin hat die Vereinigung zum Schutze von Kindern eine Untersuchung angestellt; sie berichtet, daß in allen Teilen des Landes für die Kinder der Bergleute in angemessener Weise gesorgt werde.

Die Kohleneinfuhr nach England während des Streiks

London, 28. Juni. (W.Z.) Im Unterhaus wurde heute in Beantwortung einer Anfrage von einem Regierungsvertreter erklärt, daß im Zusammenhang mit dem Streik der Bergleute im 1. Mai bis 24. Juni nach England 585 000 Tonnen Kohle eingeführt worden sind, darunter 221 000 Tonnen aus Deutschland.

Bewegung der englischen Eisenbahnen.

London, 28. Juni. (W.Z.) Die Gefahr erneuter Unruhe in Eisenbahnerkreisen wird, wie eine Mitteilung der Eisenbahnergewerkschaft besagt, dadurch für abgewendet angesehen, daß die Vertreter der Eisenbahngesellschaften nunmehr auf die Forderung einer Zusammenarbeit mit Vertretern der Eisenbahnergewerkschaft zur Besprechung von Fragen, die sich auf die Erledigung des letzten Streiks beziehen, zustimmend geantwortet haben. Die Konferenz wird wahrscheinlich am 2. Juli abgehalten werden. In der letzten Woche hatte der Eisenbahnerführer Cramp erklärt, daß die Eisenbahndirektionen jegliche Verhandlungen abgelehnt hätten.

Der Verband der staatlichen Verwaltungsmänner Preußens veranstaltete am Schluß seines diesjährigen Verbandstages vom 24. bis 26. Juni im Haus der Ingenieure am Sonnabend vormittag eine Kundgebung für seine Standesangehörigen. Der Verbandsvorsitzende Dickmann entwarf in seinen Ausführungen ein Bild der Verfallstimmung der Verwaltungsbeamten durch die verschiedenen Amtsbezeichnungen und Befoldungsgruppierungen, die durch die Befoldungsordnung vom Jahre 1920 geschaffen wurden. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung, durch eine großzügige Befoldungsreform einmal gründlich Wandel zu schaffen. Lebhafte Debatten wurde das Richterscheinen eines Vertreters des Finanzministeriums trotz vorheriger Zulage. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung wurden die spezifizierten Forderungen der Verwaltungsamtmänner an die preussische Regierung niedergelegt.

Wirtschaft

Zur Lage der Zigarettenindustrie.

Ursachen der Krise.

Als einer der Hauptgründe für die Krise ist die vollkommen unrationelle Einstellung der Betriebsart in der Zigarettenindustrie zu erwähnen. Die Zigarettenindustrie hat dem Raucher systematisch eingerebet, daß neue Marken in der Qualität besser sind als die alten. Aus diesem Grunde kamen immer wieder neue Zigarettenmarken in den Verkehr. Das bedingte eine ungeheure Verschwendung an Reklamematerial, an Verpackungsmaterial usw., also vollkommen unproduktive Ausgaben. Es ist nichts gegen die große Verbeirätigkeit der Zigarettenindustrie einzumenden, aber auch sie kann und muß rationell gestaltet werden. Dies ist nicht möglich, wenn die Verberichtung durch Neuaufkommen von Marken immer wieder geändert werden muß, und wenn außerdem dadurch auch in dem Werbematerial eine ungeheure Verschwendung eintritt.

Dann kommt die Steuerfrage, die gerade in der Zigarettenindustrie ein besonderes Kapitel ist. So unglaublich es klingen mag, der eigentliche Finanzier der Zigarettenindustrie ist der Staat. Dieser hat schon in der Inflationszeit auf eigenartigen Wege der Zigarettenindustrie ganz gewaltige Kredite zur Verfügung gestellt. Die einzelnen Firmen erhielten bei dem zuständigen Finanzamt Steuerkredite in einer gewissen Höhe und konnten in dieser Höhe Banderolen entnehmen. Das wurde zwar mit der Stabilisierung anders dadurch, daß ungedeckte Steuerkredite überhaupt nicht mehr gegeben wurden. Aber diese Veränderung der Taktik war nur deshalb erfolgt, weil einmal die Öffentlichkeit an dem bisherigen Verfahren die schärfste Kritik geübt hatte, vor allen Dingen aber weil die Hergabe von ungedeckten Steuerkrediten sehr erhebliche Verluste für die Finanzverwaltung des Staates zur Folge gehabt hatte. Gewiß, ein großer Teil der Unternehmungen, die Schuldner des Staates für Steuerforderungen waren, hatte bei Fälligkeit des Zahlungstermines als sie diesen nicht innehalten konnten, die Maschinen und das gesamte Betriebsinventar an den Staat verpfändet. Sie arbeiteten, soweit ihnen Betriebskapital zur Verfügung stand, mit den an den Staat verpfändeten Maschinen weiter. Das konnten sie umso mehr, als der Staat Zinsen für die Steuerkredite nicht verlangte. Sie arbeiteten also mit so billigem Kredit, wie er keiner Industrie zur Verfügung stand. Und trotzdem ging ein Teil derartiger Unternehmungen bankrott, der Staat bekam die Maschinen, die nur Schrott wert hatten. Bei anderen Unternehmungen, für die der Staat eine Existenzbasis gegeben glaubte, wurden einfach die Steuerkredite ganz oder zum Teil gestrichen. Und noch anderen, darunter ganz prominenten Großunternehmungen, die heute an der Spitze der Zigarettenindustrie stehen, wurden Prolongationen ihrer Verpflichtungen ohne Berechnung von Zinsen gewährt. Auf diese Weise erhielten die Zigarettenfabriken ganz erhebliches Betriebskapital, das die größeren, besonders die Konzernfirmen, zusammen mit den laufenden Einnahmen und mit zur Verfügung gestelltem Bankkredit zum gewaltigen Einkauf von Tabak im Orient vermandten. Die kleineren und mittleren Firmen, die nicht in einer derartigen günstigen Lage waren, mußten das nehmen, was die Großfirmen an Tabak für sie übrig gelassen hatten. Das war entweder Tabak, der nicht so preiswert war, wie der, den die Großfirmen eingekauft hatten, oder Tabak, der an Qualität dem von den Großfirmen gekauften nachstand. Und die Folge war, daß die Konkurrenzfähigkeit der kleineren und mittleren Betriebe auf diese Weise geschwächt wurde.

Das Steuerproblem hat aber auch noch eine andere Seite, die in der Öffentlichkeit viel ausgiebiger behandelt worden ist und über die wir uns deswegen mit einigen Worten begnügen können. Die Lastfrage, daß an Stelle der gestaffelten Banderolensteuer eine Materialsteuer mit einem festen Satz trat und nur eine um die Hälfte herabgeminderte prozentuale Banderolensteuer, bewirkte, daß die Belastung billigerer Preisformen tiefer war, als die der teureren. Die Konsumzigarette, die 3, 4 und 5 Pfennig-Zigarette, war steuerlich am stärksten belastet. Die Belastung hat dadurch eine gewisse Korrektur erfahren, daß der Satz für die Materialsteuer herabgesetzt und die gestaffelte Banderolensteuer herausgeholt wurde. Obwohl diese Korrektur, die vollkommen ungenügend ist, hat sie doch schon dazu geführt, daß die Beschäftigung in der Zigarettenindustrie, die geradezu stillstand, sich gebessert hat. Nun wäre es verkehrt, aus der geringen Beschäftigung der Zigarettenindustrie auf einen verringerten Konsum zu schließen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die geringe Beschäftigung ist einmal daraus zu erklären, daß die Geldmittel fehlten, um reichlich Tabak für eine Neuproduktion einzukaufen zu können und außerdem werden jetzt, so unglaublich es klingen mag, noch alte Bestände aus der Inflationszeit verkauft. Das kann man besonders bei dem sich immer mehr ausbreitenden Straßenhandel in Tabakwaren beobachten.

Sehr stark beschäftigt sich auch die Öffentlichkeit mit der Frage, ob die Zigarettenindustrie überflüssig ist, d. h. eine höhere Produktionskapazität als Abnahmefähigkeit hat. Die Frage ist vollkommen ungeklärt, jetzt mehr denn je, nachdem durch die Reinigungsstrie eine große Anzahl von Fabriken zu Grunde gegangen ist; und ferner nachdem diese Reinigungsstrie sich zwar verlangsam, aber immer noch nicht ihr Ende erreicht hat. Außerdem ist der Begriff Abnahmefähigkeit ein ganz unbestimmbarer Faktor. Jedenfalls behauptet die kleinere und mittlere Industrie, daß von einer Ueberfälligkeit nicht die Rede sein kann, während die Großindustrie, die Konzerne die Ansicht vertreten, daß immer noch eine Ueberzeugung vorhanden ist.

Besserung in der Eisen- und Stahlindustrie? Die Kohlenabgabegemeinschaft der U-Produktenverband und der Stahleisenverband, haben die bisherige Einschränkungsquote von 35 Proz. auf 32 1/2 Prozent herabgesetzt. Man wird daraus auf eine gewisse Besserung der Abgabeverhältnisse der Stahlindustrie schließen dürfen.

Verantwortlich für Politik: Erich Weitzer; Wirtschaft: Ernst Saltrass; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Saltrass; Kultur: Karl Saltrass; Satire und Cartoons: Fritz Kersch; Wissenschaft: Dr. Giese; Sanität: Dr. Saltrass; Berlin: Fernwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Fernwärts-Verlag und Verlagsanstalt Kaufmann & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sog. Baubetriebe
Berlin N. 24, Eisässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4, Tel.: Pfalzburg 9531
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telefon: Königstadt 540
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf
aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführ. samtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Ueber Nacht Läuseplage
mit dem Gebrauch meines schnell
und sicher wirkenden Mittel
„Ja-So“ Läuse-Setod
gegen Kopf-, Körper- und Nagelläuse
Tödtet 60 Pfennige nur allein rdt bei
Arthur Mothes, Berlin S 21, Luisen-
str. 41, Raum 3121
◆ **HUNDE** ◆
Katzen, Papageien und alle
Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegerdenkmal
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Magenbeschwerden
aller Art
auch Sodbrennen, Aufstossen
beseitigt schnell und sicher
Apotheker Schuh's Magenwein
Fordern Sie nur diese Marke in den
Apotheken und Drogerien.
Zu haben in allen Apotheken.
Dortselbst ist auch das bestens empfohlene Mittel gegen Arterienverkalkung
zu haben, sowie alle
homöopathischen Mittel
CORDOL
Weitere Verkaufsstellen weisen nach **C. Schumier & Co., Berlin-
Wilmersdorf, Babelsberger Strasse 2.** — Pfalzburg 4074 und 3096.

Ischias
Rheumatismus
heilt d. m. unübert.
Thermobehandlung
Lefmann,
Luisenstr. 14, 10-1, 4-7
**Krause-
Pianos**
zur
Miete
Aushacher Str. 1,
Königsplatz

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen.
Eigene Fabrikate in gediegenen
Ausführungen kaufen Sie in
großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112
Besonders wirksam sind die **KLEINEN**
ANZEIGEN in der Gesamtauflage
des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**